Reparatur- und Recyclingnetzwerke Ein Tätigkeitsbericht

Josef Eisenriegler

Ausgangssituation

Elektro- und Elektronikaltgeräte sind die am schnellsten wachsende Fraktion des gesamten Abfallaufkommens: Sie wächst dreimal so schnell wie der Durchschnitt. Derzeit werden pro Kopf und Jahr 14 kg dieses Abfalls produziert. Aufgrund der hohen Lohnkosten und der verhältnismäßig niedrigen Material- und Produktionskosten ist es oft billiger, neue Geräte anzuschaffen, anstatt die alten Geräte mit teils nur geringen Defekten reparieren zu lassen.

Am 13. Februar 2003 hat die EU eine Richtlinie verabschiedet, um diesem Problem entgegenzuwirken. Sie wird derzeit von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgewandelt und ermöglicht das Umlenken dieses Abfallstroms von Deponien und Verbrennungsanlagen hin zu umweltgerechter Wiederverwendung und Wertstoff-Recycling. Die „alten“ Mitgliedsländer müssen diese Richtlinie bis 13. August 2004 in nationales Recht übernehmen (Irland und Griechenland dürfen für die rechtswirksame Umsetzung ein Jahr länger brauchen).

Laut Umweltkommissarin Margot Wallström hat die Reparatur von Elektro- und Elektronikgeräten und die nachfolgende Wiederverwendung als Second-Handgeräte Priorität. Wenn dies nicht möglich ist, sind die von der Richtlinie gesetzten Ziele im Hinblick auf die Wiederverwendung von Bauteilen und die stoffliche Wiederverwertung der verwendeten Materialien zu erreichen.¹ Wie diese Forderung in Österreich bereits umgesetzt wurde, sollen die folgenden Beispiele zeigen.

Reparatur- und Service-Zentrum R.U.S.Z.

Etwa 880.000 Menschen leben in Österreich an oder unter der Armutsgrenze. Der Faktor Arbeit stellt dabei eine entscheidende Determinante für soziale Integration oder Ausgrenzung dar. Arbeitslosigkeit trifft dabei heutzutage nicht nur gesellschaftlich radierte Randgruppen, sondern vermehrt auch Personengruppen, die oft lange Zeit gesellschaftlich integriert waren, wie zum Beispiel ältere Arbeitnehmer.

Vor diesem Hintergrund habe ich vor ziemlich genau 6 Jahren den sozial-ökonomischen Betrieb R.U.S.Z. gegründet. In diesem Unternehmen arbeiten derzeit 65

MitarbeiterInnen – großteils ältere Langzeitarbeitslose. Als Umweltberater war es mir darüber hinaus ein Anliegen, mit diesem Projekt auch ökologische Anforderungen zu erfüllen. Die Verknüpfung der sozialen mit der ökologischen, aber auch – im makroökonomischen Sinn – der ökonomischen Dimension macht das R.U.S.Z. zu einem Best-Practice der Nachhaltigkeit.²

Im R.U.S.Z. werden elektrische und elektronische Geräte repariert. Es handelt sich dabei nicht nur um Auftragsreparaturen, sondern es werden auch Geräte in Stand gesetzt, die sonst in Abfallsammelstellen landen würden – bzw. dort schon deponiert wurden. Dadurch tragen wir zur Verlängerung der Nutzungsdauer elektrischer und elektronischer Geräte bei und liefern somit einen Beitrag zur Ressourcenschonung und zur Lösung des E-Schrott-Problems.

Die soziale Dimension wird vielschichtig erfüllt. So tragen wir durch Qualifizierung und Vermittlung ehemals Langzeitarbeitsloser zu deren Reintegration in den Arbeitsmarkt und folglich auch in die Gesellschaft bei. Auf der anderen Seite versorgen wir finanziell schwache Haushalte mit Gebrauchtgeräten bzw. mit deren Reparatur. Durch den Verkauf gebrauchter Computer liefern wir einen Beitrag zur Einbindung Einkommensschwacher in die Informationsgesellschaft.

Die ökonomische Entsprechung muss wie bei den meisten Non-Profit-Organisationen im volkswirtschaftlichen Nutzen gesehen werden. Wir können 71% der bei uns tätigen Transitarbeitskräfte in Regelarbeits-Jobs vermitteln. Aus so genannten Förderfällen werden aktive Steuerzahler. Das renommierte Österreichische Forschungsinstitut IHS (Institut für höhere Studien, Wien) hat dem R.U.S.Z. in einer Evaluierungsstudie bescheinigt, dass sich dieses Projekt bereits nach 3 bis 4 Jahren rechnet.³ Die in das R.U.S.Z. investierten Förderungen werden durch die Eingliederung der Transitarbeitskräfte in den Arbeitsmarkt wieder hereingebracht: Notwendige Transferzahlungen können eingespart und zusätzliche Steuerleistungen eingespielt werden.

Demontage- und Recycling-Zentrum D.R.Z.

Das D.R.Z. ist ein Tochterbetrieb des R.U.S.Z., der vor einem Jahr eröffnet wurde und weitere 38 Arbeitsplätze im Bereich der Demontage von Elektro- und Elektronikaltgeräten bietet.

In Österreich werden pro Jahr 100.000 Tonnen Elektronikaltgeräte (EAG) mehr schlecht als recht entsorgt. Das soll jetzt EU-weit anders werden. Nach der soeben finalisierten EAG-Richtlinie müssen EAG in Hinkunft „umweltgerecht“ entsorgt werden.

Im Sinne der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit ist es wichtig, die Eignung von schwierigen Zielgruppen für die niederschwellige Demontearbeit, also die qualitative, aber auch die quantitative Beschäftigungswirkung zu erforschen.

Auch die optimistischsten arbeitsmarktpolitischen Prognosen für die nächsten 10 Jahre gehen davon aus, dass eine Sockelarbeitslosigkeit von rund drei Prozent gegeben sein wird. Diese Arbeitslosen werden als schlecht gebildet, qualifizierungsunwillig und/oder mit besonderen Defiziten behaftet beschrieben.

Jetzt sollen die positiven Erfahrungen mit Jobtraining-PraktikantInnen im R.U.S.Z., die seitens des AMS unter „schwierigste arbeitsmarktpolitische Zielgruppen“ fallen, auch für die geplanten Zielgruppen von D.R.Z. (KINTs⁴, Alkoholranke nach Entzug, Drogenranke auf Substitution, Haftentlassene, Behinderte) genutzt werden: Dazu ist ein besonderes Eingehen auf die oft sehr spezifischen Problemlagen dieser Personen notwendig. Eine zwei Monate dauernde Vorbereitungsphase für KINTs ist vorgesehen, die der Orientierung, der Stabilisierung und der Erstintegration in den Arbeitsprozess dienen soll. Erst danach beginnt der in Wiener sozialökonomischen Betrieben übliche zwölf Monate dauernde Transplacementprozess, der mit der Vermittlung der Mehrheit der Transitarbeitskräfte in den ersten Arbeitsmarkt endet.

Dadurch sollen Personen, die als schwer bis gar nicht in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar gelten, Fähigkeiten und Fertigkeiten erlernen, die ab Mitte 2004 – mit Inkrafttreten der neuen Elektroaltgeräte-Verordnung – am Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Ab 2005/2006 ist durch die Finanzierung der umweltgerechten Behandlung und Entsorgung von EAG durch die Hersteller mit einer beachtlichen Beschäftigungswirkung zu rechnen: Rund 300 finanzierte niederschwellige Arbeitsplätze stehen dann allein in Wien zur Verfügung.

¹ Zit. n. einem von *Margot Wallström* zur Verfügung gestellten Text, der in einer Sondernummer des Wiener Bezirksblattes im Rahmen des Pilotprojektes Penzing PpP erschienen ist. Die Übersetzung wurde vom Autor vorgenommen.

² Seit 2002 ist das R.U.S.Z. ein Best Practice nach: United Nations Conference on Human Settlements (Habitat).

³ Evaluierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahme R.U.S.Z. des IHS 2001. Die Ergebnisse der damals zu Grunde liegenden Outplacementquote von 55% wurden auf die aktuelle (seit sechsjährigem Bestehen des R.U.S.Z.) durchschnittliche Outplacementquote von 71% hochgerechnet.

⁴ KINT ist eine vom Arbeitsmarktservice eingeführte EDV-Codierung für ‚Keine Integration‘.